



Zürich, 6. Juli 2009

Fraktionserklärung der CVP

Wie viel muss noch geschehen, bis die Zürcher Behörden endlich handeln?

Es ist ein Skandal, dass die zuständige Schulbehörde und die betroffenen Lehrpersonen von Küssnacht über die früheren Gewalttaten ihrer Schüler erst von den deutschen Behörden erfahren haben. Dies zeigt in aller Deutlichkeit, dass die behördliche Zusammenarbeit im Kanton Zürich nicht funktioniert. Dazu kommt, dass jugendliche Gewalttäter im Kanton Zürich wenig zu befürchten haben. Die CVP hat wiederholt auf diese krassen Lücken und Schwachstellen aufmerksam gemacht, bis jetzt ist nichts passiert:

1. Das Postulat von Christoph Holenstein zur Stärkung der behördlichen Zusammenarbeit mit Fokus auf den Sicherheitsbereich hat der Kantonsrat im November 2007 ohne Einwand überwiesen (KR-Nr. 244/2007). **Bis jetzt ist nichts passiert!**
2. Die Parlamentarische Initiative von Philipp Kutter zur institutionalisierten Zusammenarbeit der Behörden hat der Kantonsrat im Februar 2008 klar unterstützt (KR-Nr. 9/2008). Die CVP forderte, dass eine wirksame Zusammenarbeit zwischen Schul-, Polizei-, Strafverfolgungs- und Sozialbehörden bei Gefährdungssituationen mit unbürokratischem Datenaustausch zu schaffen ist. Die CVP ersucht die zuständige kantonsrätliche Kommission für Staat und Gemeinden, das sinnvolle Anliegen weiter zu behandeln und einen zielführenden Vorschlag zu präsentieren. Von der Regierung ist nichts zu erwarten. **Bis jetzt ist nichts passiert!**
3. Das Postulat von Silvia Steiner vom März 2008 verlangte, dass die Jugendanwaltschaften bei Untersuchungen wegen Gewaltdelikten konsequent Untersuchungshaft anordnen (KR Nr. 6/2008). Die Regierung sah keinen Handlungsbedarf. Jugendliche Gewalttäter haben in der Untersuchung nach wie vor kaum etwas zu befürchten. **Bis jetzt ist nichts passiert!**
4. Das Postulat von Silvia Steiner verlangte, dass die Behörden ihre Daten so aufbereiten, dass potentiell gefährliche Täter früher erkannt werden können (KR Nr. 7/2008). Die beim Kanton gesammelten Daten werden nach wie vor nicht gezielt ausgewertet. Trotz einschlägiger Vorakten brauchen Täter mit Gewaltpotential nicht zu fürchten, man könne ihr Gefährdungspotential erkennen. Im April 2008 hat der Kantonsrat das Postulat ohne Einwand überwiesen. **Bis jetzt ist nichts passiert!**

Wir brauchen einen wirksamen Gewalt- und Opferschutz, aber keinen übertriebenen Daten- und Täterschutz. Der Ball liegt seit bald zwei Jahren beim Regierungsrat und seit über einem Jahr auch beim Kantonsrat. **Bis jetzt ist nichts passiert!** Von Regierungspräsidentin Aeppli durften wir im Gegensatz zu Regierungsrat Notter immerhin klare Rauchzeichen für den Handlungsbedarf in den Medien wahrnehmen.

Wann endlich erwacht der Regierungsrat und sieht ein, dass man nur gemeinsam und mit vereinten Kräften etwas gegen Gewalt unternehmen kann und bei Gewaltstraftaten konsequent handeln muss? Der Kantonsrat muss der Regierung jetzt Beine machen.

Christoph Holenstein, CVP-Kantonsrat Zürich, Tel. 078 603 63 42